

# Albanien im Aufstand

## Längst geht es nicht mehr nur gegen ein geplantes Luxusresort der Trump-Familie, sondern gegen das herrschende System

Von Fabio Nacci, Tirana

Es ist der 30. Tag in Folge, und der Skanderbeg-Platz im Zentrum Tiranas füllt sich erneut. Hinter dem Reiterstandbild des Nationalhelden schwillt der Lärm an, bevor der Zug überhaupt zu sehen ist: Trillerpfeifen, Sprechchöre, das Hupen der Autos. Es ist ein Land der schroffen Kontraste und eine Hauptstadt, in der sich osmanische, sozialistische und postmoderne Schichten überlagern, in der Moscheen sowie katholische und orthodoxe Kirchen nebeneinanderstehen und in der eine allzu rasche Modernisierung vieles zurücklässt. Fliegende Händler verkaufen albanische Fahnen, traditionelle Qeleshe-Kappen und Anstecker.

Vorneweg fahren die Übertragungswagen von *Syri TV* und der Zeitung *Panorama*, die beide als der Demokratischen Partei von Sali Berisha nahestehend gelten. Über den Köpfen wippen Dutzende rosa Flamingos aus Pappe. Um 19 Uhr – wegen der Sommerhitze fest terminiert – setzt sich der Zug in Bewegung, den Bulevardi Dëshmorët e Kombit hinab, bis vor die Kryeministria, den Amtssitz von Ministerpräsident Edi Rama. Am Rand malen Kinder auf mitgebrachtem Papier, während ihre Eltern demonstrieren. Der Flamingo ist zum Wappentier einer Protestwelle geworden, die das kleine Balkanland seit Ende Mai erschüttert – der größten seit dem Sturz des Kommunismus.

### Mitten im Naturpark

Begonnen hat alles fern von Tirana an der südlichen Adriaküste. Am 23. Mai versammelten sich Anwohner und Umweltschützer im Dorf Zvërnec, nachdem ein Abschnitt der geschützten Vjosa-Narta-Lagune mit Stacheldraht abgeriegelt worden war. Auf der unbewohnten Insel Sazan und am angrenzenden Küstenstreifen soll für rund 1,4 Milliarden Euro ein Luxusresort entstehen – ein Projekt der Firma Affinity Partners von Jared Kushner, dem Schwiegersohn und Sondergesandten von US-Präsident Donald Trump. Die Lagune ist Lebensraum des rosa Flamingos, daher der Name, den albanische Medien der Bewegung gaben: »Revolucioni i Flamingove«. Als Symbol gehört der Vogel keiner Partei.

Möglich wurde das Vorhaben durch das Gesetz Nr. 21/2024, einer Novelle zum Naturschutzgesetz von 2017. Es erlaubt seit Februar 2024 den Bau von Fünfsterneanlagen »und höher« selbst in den Kernzonen von Schutzgebieten. Eingbracht hatte es nicht die Regierung, sondern eine Gruppe von Abgeordneten – ein Kunstgriff, durch den die vorgeschriebene Folgenabschätzung und eine öffentliche Anhörung umgangen werden konnten.

Dem Resort verlieh die Regierung überdies den Status einer »strategischen Investition«, gestützt auf ein Gesetz von 2015, das beschleunigte Genehmigungen und Steuervorteile vorsieht. Recherchen des Balkan-Recherchenetzwerks (BIRN) zufolge wurde die Bauträgerin in Zvërnec über eine niederländische Treuhandkonstruktion geführt, hinter der sich anonyme Eigentümer verbergen; um Grundstücke im Projektgebiet laufen seit Jahren Eigentumsstreitigkeiten; an begehrten Küstenabschnitten werden unterdessen Strände abgeriegelt, die bislang allen offenstanden.

Klaudia und Laorena, zwei Aktivistinnen der Umweltorganisation PPNEA, stehen mit ihren Flamingoschildern vor der Kryeministria. Sie hätten schon 2024 gegen das Gesetz protestiert, sagt Laorena. »Wir wussten längst alles, nur hörte uns niemand zu.« Erst ein Video machte aus dem lokalen Streit eine landesweite Bewegung. Am 30. Mai zerrten private Sicherheitsleute am Bauzaun einen Demonstranten weg, während die Polizei tatenlos zusah. Tags darauf erreichten die Proteste Tirana; am 20. Juni gingen nach Schätzungen albanischer Medien mehr als 250.000 Menschen auf die Straße. Die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft SPAK leitete am 1. Juni Ermittlungen zu Landerwerb und Schutzstatus ein, das EU-Parlament forderte am 17. Juni ein Moratorium und die Rücknahme der Gesetzesnovelle.

## **Alle machen mit**

Längst geht es um mehr als eine Lagune. Auf den Transparenten steht das eigentliche Ziel: der Sturz des Duopols aus Ramas regierender Sozialistischer Partei und der Demokratischen Partei Berishas, die sich seit mehr als drei Jahrzehnten an der Macht abwechseln. »Rama ins Gefängnis, Berisha ins Gefängnis«, skandiert die Menge.

Vor dem Regierungssitz hält eine Handvoll Männer seit 15 Tagen ununterbrochen die Stellung, Tag und Nacht, im Schatten eines Baumes – Passanten bringen ihnen Wasser und Essen. Ihr Sprecher, der ungenannt bleiben will, erzählt, er habe Rama beim Aussteigen aus dem Wagen die Worte »Ins Gefängnis oder an den Galgen« entgegengebrüllt. Daraufhin habe der Regierungschef einen Polizisten angewiesen, ihn festzunehmen. Man habe ihn zunächst in eine Zelle und dann in Isolationshaft gesteckt, ins »Loch«, um ihn zu demütigen. Freigekommen sei er dank Anwälten, die mit den Protesten sympathisieren. Dass Sender wie *Syri* oder *Panorama* an der Spitze der Züge fahren, kommentieren die Männer bissig: Berisha wolle sich die Bewegung ans Revers heften, obwohl er selbst Teil des Systems sei und die geforderten Reformen ablehne.

Wie außergewöhnlich der Moment ist, betont Redi Muçi, der einzige Abgeordnete der linken Bewegung Lëvizja Bashkë. Proteste dieser Größe habe Albanien seit dem Ende des Kommunismus 1990 nicht mehr erlebt. Das Bemerkenswerte sei ihre Breite: Menschen jeden Alters, jeder Schicht und jeder politischen Couleur machten mit, bis hin zu früheren Wählern der Sozialisten. Rama habe den Sozialstaat abgebaut, Arbeitsrechte beschnitten, die Armut ignoriert und Zehntausende junge Albaner zur Auswanderung getrieben – das Land zählt tatsächlich zu den ärmsten Europas, und die Abwanderung vor allem der Jungen hat ganze Landstriche entvölkert. Berisha wiederum nutze den Unmut nur, um sich ein neues Gesicht zu geben. Tatsächlich gibt es keine

Gegendemonstrationen: Wer die beiden Parteien noch stützt, das sind – so der Eindruck auf den Straßen – die Politiker selbst, ihre Klientel und deren Familien. Selbst Autofahrer schließen sich dem Zug an, statt gegen ihn anzuhupen. In diesem Hexenkessel gelingt es vielen, zugleich proamerikanisch zu bleiben und Solidarität mit Palästina zu bekunden.

Rama treibt derweil Privatisierungen und Marktreformen im Rekordtempo voran, um sein Ziel eines EU-Beitritts bis 2030 zu erreichen – einen »EU-Fanatiker« hat er sich selbst genannt. Ausgerechnet die EU-Kommission hat das Bauprojekt durchgewinkt. Und so bleibt eine Frage offen. Vom Abgeordneten über den Umweltschützer bis zum antikommunistischen Verschwörungstheoretiker weiß niemand eine Antwort darauf, wie sich das Duopol tatsächlich brechen ließe. Tritt Rama zurück und übernimmt Berisha, wollen sie weiterdemonstrieren. Gegen Justiz, Polizei und Oligarchie, sagen sie, bleibe ihnen ohnehin nur eines: auf die Straße zu gehen.

## **Tiefer Sumpf**

Wer mit den Demonstranten durch Tirana zieht, dem werden die Symbole der Macht gezeigt: die neuen Hochhäuser, viele errichtet von Geschäftsleuten, die als Oligarchen im Klientelgeflecht gelten. Fahrer von Luxusautos wage die Polizei nicht zu verwarnen, heißt es, aus Furcht, sie könnten ebenjenen gehören.

Wie tief die Krise reicht, zeigt der Fall des Bürgermeisters. Erion Veliaj, lange als möglicher Nachfolger Ramas gehandelt, sitzt seit Februar 2025 in Untersuchungshaft wegen Korruptions- und Geldwäscheworwürfen, die vor allem auf den Skandal um die Müllverbrennungsanlagen der Hauptstadt zurückgehen. Von Rechts wegen ist er dennoch weiter im Amt: Im November 2025 hob das Verfassungsgericht mit fünf zu drei Stimmen seine Absetzung und das Dekret für Neuwahlen auf. Die Hauptstadt wird seither von einer Stellvertreterin geführt, während sich Antikorruptionsstaatsanwaltschaft und Verfassungsgericht über seinen Fall streiten. Für die Bewegung ist es das Sinnbild eines moralisch bankrotten Systems, in dem die Eliten ihre Machtkämpfe austragen, während die Stadt zur Geisel wird.

Vor dem Parlament hat der Bildhauer Klodian, der in Bologna studierte, eine Mülltonne aufgestellt und die Namen Ramas und des sozialistischen Abgeordneten Ardit Bido daraufgeschrieben – beide, so die Botschaft, gehörten in den Abfall. Bido hatte kurz zuvor öffentlich die Leiterin des investigativen Netzwerks BIRN attackiert. Vertreten fühle er sich weder von der Regierung noch von der Opposition, sagt Klodian: »Dieselben Gesichter seit 35 Jahren«.

Der Staat reagiert zunehmend mit Härte. Schon Ende Juni nahm die Polizei mehrere Aktivisten fest, darunter den bekannten Aktivisten und früheren Militärangehörigen Dritan Goxhaj – unter dem Applaus der Wartenden kam er nach einer halben Stunde wieder frei. Am Donnerstag eskalierte die Lage: Vor dem Parlament bewarfen Demonstranten die Abgeordneten mit Eiern und Mehl und blockierten die Zugänge; die Polizei setzte Schlagstöcke, Wasserwerfer, Tränengas und Pfefferspray ein und nahm 25 Menschen fest. Festgenommen wurde nach Angaben des albanischen Portals *rrugapress.al* auch Altin Hila, der Abend für Abend gemeinsam mit seinem querschnittsgelähmten Sohn im

Rollstuhl demonstriert. Ein Aktivist sei im Polizeitransporter geschlagen worden. Demonstranten zertrümmerten daraufhin einen Streifenwagen. Es war der bislang heftigste Gewaltausbruch seit Beginn der Proteste.

Ein Ende ist nicht in Sicht. Für die Kundgebung am Wochenende wollten auch viele Auslandsalbaner zurückkehren. »Prizren 1878, Tirana 2026«, lautete eine der Parolen – sie verknüpft die Liga von Prizren, in der sich 1878 Albaner aus fünf osmanischen Vilâyets zusammengeschlossen hatten, mit den heute von fünf Kontinenten anreisenden Landsleuten. Wohin die Bewegung steuert, weiß niemand genau. Linkenpolitiker Redi Muçi bringt es so auf den Punkt: »Albanien braucht keine recycelte Vergangenheit, sondern völlig neue Gesichter und Ideen.«

*<https://www.jungewelt.de/artikel/525496.flamingorevolution-albanien-im-aufstand.html>*